Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 42 (1948)

Heft: 2

Artikel: Weltrundschau (unter alleiniger Verantwortung des Verfassers) : Westeuropa AG ; Vom Marshall-Plan... ; ...zum Martial Plan ; Englands Wirtschaftskampf ; Frankreich-Italien ; Orientblock? ; Indien und Indonesien ; Der chinesische Krieg ; Der neue Faschis...

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139078

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

geleistet, und eines Tages wird ihn auch die «zivilisierte» Welt erbringen.

Nun schreiben Sie bitte nicht etwa, ich sei Ihnen auf Ihre Weltrundschau die Gegenbeweise schuldig geblieben. Ich glaube mich einer Auseinandersetzung noch nie entzogen zu haben. — Auf Ihren Wunsch stelle ich ein paar Ferientage zu Ihrer Verfügung, um mich mit Ihnen an den grünen Tisch zu setzen und freundschaftlich (ich bin ja Pazifist) auszusprechen.

Hochachtungsvoll grüßend *H. Gautschy-(Landerer)*

Weltrundschau

(unter alleiniger Verantwortung des Verfassers)

Westeuropa AG Der Riß zwischen Ost- und Westeuropa ist aufs neue vertieft und verbreitert worden. Mr. Bevin hat die letzte außenpolitische Debatte im britischen Unterhaus dazu benützt, um in ernstem Ton zu erklären: Die Sowjetunion geht auf die Unterwerfung ganz Europas aus; Großbritanniens erstes Anliegen muß es sein, das unter allen Umständen zu verhindern. Nicht daß Bevin die russische Politik kriegerischer Absichten beschuldigt hätte; das wäre in der Tat unmöglich gewesen. Aber er beschuldigte sie propagandistischer Machenschaften, indirekter Manöver und unterirdischer Wühlereien, die nicht minder ruchlos seien, und warnte scharf: Wenn das so weiter geht, zum Beispiel gegenüber Griechenland, dann heißt das *Krieg!* Inzwischen wird, wie Bevin ankündigt, England durch ein System von *Bündnissen* mit Frankreich, Holland und Belgien, denen sich später Italien und Portugal, womöglich auch die nordischen Staaten anschließen sollen, Westeuropa gegen die russisch-kommunistische Gefahr zu einigen suchen und so dem bereits bestehenden Ostblock einen wirtschaftlich untermauerten und insbesondere durch gemeinsame Entwicklung der afrikanischen Kolonialgebiete zu festigenden politisch-militärischen *Westblock* entgegensetzen.

Es ist ebenso begreiflich, daß sich die britischen Konservativen und die amerikanischen Rußlandgegner über dieses Programm hocherfreut zeigten, wie daß man in Moskau darin einen neuen Beweis für die Einigkeit der westlich-kapitalistischen und labouristischen Welt im Kampf gegen die Sowjetunion sah; Attlees nachträgliche Beteuerung, daß der Westblock im Grund eigentlich sozialistische Ziele verfolge, vermag diesen Eindruck nicht zu verwischen. Denn was auch immer die letzten Absichten der Labourregierung sein mögen und worin sich auch Bevins Europaplan von demjenigen eines Churchill

unterscheiden mag[1] – zwei Tatsachen sind nicht aus der Welt zu schaffen: 1. Großbritannien ist nun gleichfalls zu der Scharfmacherpolitik übergegangen, die Amerika vor Jahresfrist unter Byrnes gegen Rußland verkündet hat und seither betreibt, wobei daran erinnert werden darf, daß Byrnes in seinem Buch «Speaking frankly» in auffallend ähnlichem Tone wie jetzt Bevin Rußland gewarnt hat, wenn es in Ostdeutschland so weiter regiere wie bisher und sich einer von den Westmächten zu beschließenden Räumung Deutschlands widersetze, dann werde man es eben mit Gewalt daraus vertreiben müssen. 2. Dasjenige Westeuropa, das jetzt organisiert werden soll, ist nicht das *sozialistische* Westeuropa, das uns bisher immer (und mit Recht) als höchst erstrebenswertes Ziel vor Augen gestellt wurde; es wird auf alle absehbare Zeit hin ein *kapitalistisches* Westeuropa sein, wie es die amerikanische Politik braucht, und wie es namentlich der Marshall-Plan voraussetzt. Wer etwas anderes behauptet, betrügt sich selbst und andere.

Nun wendet man zwar entschuldigend ein, es gebe halt vorderhand keine andere Wahl, als entweder ein nicht sozialistisches, das heißt kapitalistisches Westeuropa oder dann überhaupt kein vereinigtes Westeuropa; man müsse die Dinge nun einmal nehmen, wie sie seien. Aber das ist nur wieder eine der täuschenden Halbwahrheiten, die jetzt so beliebt sind. Denn die britische Labourpartei wie die einflußreichsten sozialdemokratischen Parteien des Festlandes *wollen* ja gar nicht ernsthaft und entschlossen ein bei solchem Willen schon heute mögliches sozialistisches Westeuropa. Dies einmal darum, weil dazu eine Zusammenarbeit mit den kommunistischen Parteien nötig wäre, eine Zusammenarbeit, der sie alles übrige vorziehen; und sodann darum, weil sie sich, als Folge ihrer Frontstellung vor allem gegen den Kommunismus und gegen die Sowjetunion, aber mehr und mehr auch wegen der wirtschaftlichen Hilfsbedürftigkeit ihrer Länder, in gänzliche Abhängigkeit von einem Amerika begeben haben, das eine Sozialisierung Westeuropas gerade verhindern will. Wer sich auf die Vormacht des Weltkapitalismus – die Vereinigten Staaten – stützt, der *kann* nicht rückhaltlos für den Sozialismus kämpfen; Englands Kapitulation vor Amerika in der Frage der Sozialisierung der rheinisch-westfälischen Industrie, die Unterstützung des ausgesprochen kapitalistische Wege gehenden Kabinetts Schuman–René Mayer durch die französischen Sozialdemokraten, die Duldung der Diktatur Francos durch die Westmächte (die von Francos Sturz eben die soziale Revolution befürchten, so wie sie die gleiche Wirkung seinerzeit auch von Hitlers und Mussolinis Sturz befürchtet hatten) und die tätige Förde-

[1] Churchill selber sagte in seiner Radiorede vom 14. Februar: «Es erfüllte mich mit Befriedigung, feststellen zu können, daß Außenminister Bevin unbeirrt den Weg geht, den ich ihm schon vor zwei Jahren in dringenden Worten gewiesen habe.»

rung der griechischen Reaktion durch England sind nur einige wenige Beispiele für diesen sehr logischen Zusammenhang. So bleibt allerdings nichts anderes übrig als ein sich an Amerika anlehnendes *kapitalistisches* Westeuropa, das Bevin dem Ostblock entgegenstellen kann. Und das scheint nicht einmal die Benelux-Staaten besonders zu locken, die sich nicht recht vorstellen können, wie ein amerikanisiertes Westdeutschland, das doch ein Herz- und Kernstück des Westblocks werden soll, eine Sicherung gegen ein Wiedererstarken des politischen und wirtschaftlichen deutschen Nationalismus bilden könne; nicht zu reden von den Widerständen in den skandinavischen Staaten gegen einen Westblock, der sie – gewissen unausweichlichen Schwergewichtsgesetzen entsprechend – früher oder später in den Kampf gegen die Sowjetunion führen müßte.

Man wird es sehen: dasjenige Westeuropa, das Bevin meint, wird weder den Kommunismus zurückdrängen noch als friedensichernde «Dritte Kraft» den Gegensatz zwischen Rußland und Amerika abzuschwächen vermögen – im Gegenteil. «Nur ein unabhängiges Europa, das nicht einseitig von einer Weltmacht beherrscht wird, kann ein Garant des Friedens sein. Nur ein demokratisches, ein freiwillig geeintes, planwirtschaftlich-sozialistisches Europa würde für beide Seiten keine Gefahr bedeuten», schrieb unlängst durchaus zutreffend der österreichische Sozialdemokrat Czernetz in einem Artikel, der auch in der sozialdemokratischen Presse der Schweiz abgedruckt wurde – allerdings noch *vor* Bevins Programmrede. Heute denkt man weit herum erheblich «realistischer», und wenn man auch nicht gerade Churchill zustimmt, der meinte: «Sobald man versucht, ein vereinigtes sozialistisches Europa zu schaffen, begibt man sich auf das Niveau derjenigen, die versuchen, ein vereinigtes *kommunistisches* Europa zu bilden», so wird doch die Feststellung der «Nationalzeitung» in bestimmten Kreisen viel Verständnis finden: «Das Labourregime wächst ... angesicht der großen Aufgaben in einer gefahrenumwitterten Zeit über sich selbst hinaus und ordnet in traditioneller britischer Selbstdisziplin die Parteidoktrin den durch die Lage gegebenen Notwendigkeiten unter.» Die Parteidoktrin der Labourregierung – das ist, erinnern wir uns wohl, der *Sozialismus* ...

Vom Marshall-Plan ... So wie er heute aussieht, ist der Bevin-Plan die notwendige Ergänzung zum Marshall-Plan, sozusagen sein politisch-militärischer Überbau. Daß aber der Marshall-Plan nicht nur nicht sozialistischen, sondern eigentlich antisozialistischen Charakter hat, dafür mehren sich die Zeichen immer stärker. Im «Volksrecht» konnte man zwar letzthin lesen, ursprünglich durchaus bürgerlich gedachte planwirtschaftliche Maßnahmen von vermeintlich kurzer Dauer trügen die Neigung in sich, zu

bleibenden Einrichtungen sozialistischer Prägung zu werden, «und während die Reaktionäre mit dem schönen Lied auf die sogenannte freie Wirtschaft sich heiser singen, steuern wir mit prallen Segeln in die planmäßig geleitete Ökonomie». Das gelte auch vom Marshall-Plan. Und wenn schon zugegeben sei, daß hinter ihm gewisse kapitalistisch-imperialistische Absichten steckten, so dürfe man sich doch die Kraft zutrauen, «den bürgerlich begonnenen Plan sozialistisch fortzusetzen und zu vollenden». Aber macht man sich damit nicht einfach blauen Dunst vor? Die Verteidiger des «freien Unternehmertums» verlangen jedenfalls sehr energisch, daß Hand in Hand mit der amerikanischen Hilfsaktion eine Reorganisierung Europas im Geiste der «liberalen Marktwirtschaft» – sagen wir unverblümt: des liberalen Kapitalismus, der freilich schon der Vergangenheit angehört – gehen müsse. «Das aber heißt», so fordert Professor W. Röpke in seinem neuen Buch «Die Krise des Kollektivismus» kategorisch, «daß der kollektivistischen Wirtschaftspolitik ein Ende gemacht werden muß. Solange sie fortgesetzt wird, besteht nur allzu begründete Aussicht, daß die neuen Milliarden Amerikas sowenig wie die früheren von dauernder Wirkung sein werden.» Das ist in der Tat die Logik der amerikanischen Europahilfe, und dieser Logik wird man sich in den Vereinigten Staaten auch immer klarer bewußt, wie nicht zuletzt der Feldzug des republikanischen Führers Taft gegen ein «unbesonnenes» Hineinschütten amerikanischer Milliarden in das bodenlose Faß der europäischen Wirtschaft zeigt.

In was für einer Gestalt der Marshall-Plan schließlich aus der amerikanischen Bundesversammlung herauskommen wird, ist freilich noch immer nicht klar ersichtlich. Die Opposition um Taft herum findet gewiß einen starken Rückhalt an einem neuerdings wieder um sich greifenden kleinamerikanischen Isolationismus, der – eine an sich höchst unerfreuliche Erscheinung – dem Schicksal Europas gegenüber größte Gleichgültigkeit an den Tag legt. Doch wird ein Kompromiß zwischen den widerstreitenden Strömungen irgendwie ja schon gefunden werden, nötigenfalls durch Veranstaltung einer kleineren Panik: der Marshall-Plan als unentbehrliche Waffe gegen die kommunistische Weltgefahr.

Bedeutsam erscheint mir in diesem Zusammenhang die immer schärfere Ausprägung der *amerikanisch-geschäftsmäßigen* Tendenzen des Planes, wie sie sich im Laufe der Washingtoner Verhandlungen vollzogen hat. Aus einem Programm für europäische Selbsthilfe durch vereinte Anstrengung (wenn auch mit amerikanischer Ankurbelung) ist, wie ein aufschlußreicher Aufsatz von V. Perlo und D. Ramsey in der «New Republic» mit vielen Einzelbelegen zeigt, «ein Plan für die Ausdehnung des amerikanischen Einflusses» in Europa geworden. Gegenüber der Forderungsliste, wie sie der Pariser Ausschuß der sechzehn Nationen aufgestellt hatte, sind zum Beispiel die Lieferungen

von amerikanischem Rohstahl im Regierungsentwurf auf einen Drittel, diejenigen von Stahlwerkausrüstungen und landwirtschaftlichen Maschinen auf weniger als die Hälfte herabgesetzt worden, während die Lieferungen von Fertigstahl dreimal größer sein sollen, als ursprünglich begehrt. Das ist, so meinen die Verfasser des erwähnten Aufsatzes, schwerlich mit der behaupteten Stahlknappheit in Amerika vereinbar, aber ausgezeichnet vereinbar «mit den Interessen der amerikanischen Stahlwerke, welche die Vorkriegsweltmärkte Englands, Deutschlands und Belgiens übernommen haben und märchenhafte Profite machen, indem sie von den ausländischen Käufern das Zwei- bis Dreifache des Inlandpreises verlangen». So ziehe sich durch den ganzen Marshall-Plan in seiner jetzigen Form das Bestreben, Europa an Kapitalgütern für die Produktionssteigerung und an Hilfsmitteln für die Absatzerweiterung möglichst knapp zu halten zugunsten der Gewinne und Ausdehnungsmöglichkeiten des amerikanischen Kapitals.

Nicht weniger bedenklich ist die amerikanische Absicht, den kapitalistischen Aufbau der westdeutschen Industrie zum Eckstein des europäischen Hilfsprogrammes zu machen, sieht doch der Marshall-Plan jetzt eine fast doppelt so hohe amerikanische Leistung an Westdeutschland vor, als sie der Pariser Ausschuß gewünscht hatte (27 Prozent statt 15 Prozent des Gesamtbetrages). Mit dieser Tendenz steht durchaus im Einklang, was eine Anzahl Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses des amerikanischen Abgeordnetenhauses, die Europa bereist haben, in Punkt 2 ihrer Anträge empfehlen: «Rückgabe der deutschen Industrieunternehmungen an ihre früheren Besitzer» – also an eine Klasse, die zu den stärksten Triebkräften der deutschen Ausdehnungs- und Kriegspolitik während des letzten Halbjahrhunderts gehört hat.

Vielleicht am gefährlichsten ist aber der ganze Mechanismus, der auf Grund des Marshall-Planes den Vereinigten Staaten und ihren wirtschaftlichen Beherrschern maßgebenden Einfluß auf die europäische Wirtschaft und Politik verschaffen soll. Dieser Mechanismus, so schreiben Perlo und Ramsey, «würde ausländische Einmischung in die innerwirtschaftlichen Angelegenheiten Europas in einem Ausmaß und Grad bringen, die früher nie erreicht wurden; es sei denn von Besetzungsmächten in eroberten Ländern ... Wenn diese Programme durchgeführt werden, dann dürfte sich Westeuropa in der Lage lateinamerikanischer Länder finden, die 40 bis 50 Prozent ihrer Ausfuhr einfach für die Auszahlung der Profite des ausländischen Kapitals verwenden müssen ... Wenn Amerika die Ausübung entscheidenden Wirtschaftseinflusses als Werkzeug seiner Außenpolitik benützt, wieviel politische Unabhängigkeit kann da Westeuropa noch behalten?»

Wahrlich, ein *solcher* Hilfsplan ist nicht nur «ein Plan ohne Planung, um nicht zu sagen *ein Plan gegen die Planung*» (das heißt gegen eine sozialistische Wirtschaftslenkung), wie die «Neue Zürcher

Zeitung» von ihm sagt (Nr. 217); er ist ein eigentlicher Herrschaftsplan, den man meinetwegen als Notstandsmaßnahme («Vogel, friß oder stirb») verteidigen mag, den man uns aber nimmermehr im Namen der *Freiheit* mundgerecht machen soll!

. . . zum Martial Plan Manche amerikanische Kritiker des Marshall-Planes gehen sogar noch weiter und bezeichnen ihn, mit einem unübersetzbaren Wortspiel, geradezu als *«Martial Plan»*, als einen Kriegsplan, der letzten Endes nicht der Heilung Europas, sondern seiner erneuten Zerreißung diene. Und wenn man ihn nicht nur mit Bevins Westeuropa-Plan zusammenhält, sondern auch mit den eigenen Kriegsrüstungen Amerikas, dann wird einem vollends unbehaglich zumute. Diese Rüstungen werden ja mit einer Folgerichtigkeit und Energie weiterbetrieben, die alle bisherigen Erfahrungen mit dem vermeintlichen Friedenseffekt militärischer Vorbereitungen einfach in den Wind schlagen. Man lese etwa den (bezeichnenderweise von einer Flugzeugfirma, der United Aircraft Corporation, als Flugblatt verbreiteten) Auszug aus dem Bericht der sogenannten Finletter-Kommission, der die Notwendigkeit einer allzerschmetternden amerikanischen Luftwaffe und der annähernden Verdoppelung der Ausgaben für die Luftflotte bis 1949 ganz im Stile der ältesten Rüstungspropaganda «beweist» – es ist einfach niederdrückend!

Dabei sind es nicht nur die eigentlichen Waffenrüstungen Amerikas, die zu den ernstesten Besorgnissen Anlaß geben; kaum viel weniger beunruhigend ist die sogenannte *moralische Aufrüstung*, die Militarisierung des ganzen Volkslebens, die jetzt in den Vereinigten Staaten mit der drüben gewohnten Großzügigkeit ins Werk gesetzt wird. Nach Oswald Garrison Villard, dessen Schrift ich hier bereits einmal erwähnt habe, hat nun auch ein Ausschuß bewährter Friedensarbeiter, dem unter andern Albert Einstein angehört, einen einläßlichen Bericht – «Die Militarisierung Amerikas» – erstattet, der (ich bin noch nicht in seinem Besitz) die planmäßige Durchdringung des politischen Lebens, des Regierungsapparates, der Schulen und Universitäten, der Industrie, der Gewerkschaften, der Presse, der Familien usw., mit militärischem Geist offenbar recht gut belegt schildert. Henry Wallace wird schon recht haben, wenn er feststellt:

«Die Vorlage über die allgemeine Wehrpflicht, so überragend wichtig sie auch ist, ist nur eine Oberflächenbekundung einer weit ernsteren Krankheit. Diese Krankheit ist der militärische Faschismus im Dienste des Monopolkapitalismus, der das eigentliche Lebensblut des Wirtschaftskörpers beherrscht und die Gedanken und Gefühle der großen Masse des Volkes lenkt, die nach dem Gutdünken ihrer Herren und Meister denkt und arbeitet. Diese Herrschaft ist nicht weniger wirklich, wenn sie in Sammethandschuhen ausgeübt wird und scheinbare Freiheit für einen Presse-, Radio- und Kinobetrieb bestehen läßt, der in der Hauptsache nur die eine Seite des Bildes zeigt.»

Und weiter:

«Die Vereinigten Staaten werden ihre Außenpolitik in rein militaristischem Geiste weiterführen, solange Truman Präsident, Marshall Außenminister und Forrestal Wehrminister ist... Wer da nicht mitmacht, wird als unamerikanisch etikettiert werden. Wer nicht jeden einzigen oder zweiten Monat Haß gegen Rußland äußert, wird als Verräter angesehen werden. Wer an einer Brücke der Verständigung mit Rußland arbeitet, wird einer hochnotpeinlichen Untersuchung unterworfen werden.»

Was ja Wallace schon jetzt am eigenen Leib erfährt! Er wird nicht nur von einem Teil der Liberalen und Pazifisten im Stich gelassen und von den großen Gewerkschaftszentralen verleugnet, sondern auch täglich als «Kommunist» und «Appeaser» (Prediger einer feigen Scheinversöhnung mit dem als grundsätzlich nicht friedenswillig hingestellten Rußland) durch den Schmutz gezogen, eine Behandlung, die übrigens andern Leuten in andern Ländern auch zuteil werden soll...

All das ändert freilich nichts an der Wahrheit dessen, was Wallace und seine Gesinnungsfreunde über die amerikanischen Kriegsrüstungen feststellen. Aus unsern Kreisen ist vor ein paar Jahren eine Schrift herausgekommen, die auf die Bestrebungen für eine planmäßige, wenn auch noch in verhältnismäßig begrenztem Umfang gehaltene Militarisierung der Schweiz aufmerksam machte. Wie müßten wir erst reden, wenn wir vor einer derart intensiven und mit solchen Riesenmitteln betriebenen Militarisierung stünden, wie sie jetzt in Amerika durchgeführt wird?

Englands Wirtschaftskampf Kehren wir nun aber zu unserem alten Europa zurück, das von der jungen Weltmacht jenseits des Ozeans wieder auf die Beine gestellt und vor dem Zugriff der Sowjetunion gerettet werden soll. Seine sichtbaren Nöte sind immer noch vor allem wirtschaftlicher Natur. Das gilt nicht zuletzt von *England*, das eben noch lang nicht über dem Berg ist, vielmehr sich für eine Reihe von Jahren auf eine neue, empfindliche Herabsetzung seiner Lebenshaltung einrichten muß. Sir Stafford Cripps, der mit ebenso großer technischer Meisterschaft wie redlicher Nüchternheit die britische Wirtschaftspolitik leitet, wird nicht müde, das seinen Landsleuten einzuhämmern und sie zu unverdrossener Anstrengung und Selbstzucht zu ermahnen. Sein und der Regierung Kampf richtet sich zurzeit namentlich gegen die nun auch England gefährlich bedrohende *Inflation*, die, wenn nicht aufgehalten, nicht allein den Lohnverdiener bestehlen und den Geschäftsmann bereichern, sondern auch den Export verteuern, Arbeitslosigkeit verbreiten, die Gewerkschaftsbewegung zurückwerfen und dem Labourregime ein bitteres Ende bereiten würde. Die Regierung sucht dieser Gefahr mit ähnlichen Mitteln zu begegnen, wie sie nun auch in der Schweiz versucht werden: mit einem Aufruf an die Arbeiter, auf nicht ganz un-

erläßliche Lohnerhöhungen zu verzichten, und an die Geschäftswelt, Gewinne und Preise zu ermäßigen. Da indessen die kapitalistische Klasse schwerlich zu solcher Selbstverleugnung bereit sein wird und an der Vermeidung der Inflation tatsächlich auch weit weniger interessiert ist als die Arbeiterschaft, anderseits die Labourregierung vor der Anwendung von Zwangsmitteln gegen Widerstrebende vorläufig noch zurückschreckt, so wird die Hauptlast des Experimentes eben wieder auf die Lohnempfänger fallen, denen damit allerdings reichlich viel zugemutet wird. Die Mißstimmung unter den Gewerkschaften ist denn auch groß; sie wird möglicherweise die Regierung doch veranlassen, dem Schauspiel, daß die Armen noch ärmer und die Reichen noch reicher werden, seinen aufreizenden Charakter wenigstens so weit zu nehmen, als dies im Rahmen einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung überhaupt erwartet werden kann.

Über das Preis- und Lohnstoppexperiment hinaus bleibt es freilich, wie bereits angedeutet, in hohem Maße zweifelhaft, ob sich die Sozialisierungspolitik der Labourregierung durchzusetzen vermag, solange sich England so stark auf Amerikas starken Arm lehnt und sich derart weitgehend in dessen Weltsystem einfügt, wie das tatsächlich der Fall ist. Schon jetzt glaubt der Londoner Mitarbeiter der «Neuen Zürcher Zeitung» feststellen zu dürfen:

> «Auf innen- und wirtschaftspolitischem Gebiet unterscheidet sich das, was die Konservativen heute sagen, wenig von dem, was Sir Stafford Cripps oder Morrison vertreten. In dem Bemühen um einen Ausgleich zwischen Unternehmern und Arbeitern ist kein wesentlicher Unterschied in den Parteiprogrammen vorhanden.»

Wie soll das erst werden, wenn die «hartgesichtigen» Männer von Washington und Wallstreet die Zügel noch fester in die Hand nehmen werden?

Frankreich-Italien In Frankreich bekämpft die Regierung der «Dritten Kraft» – eine Regierung, die ganz offenkundig die Geschäftsinteressen des Großbürgertums vertritt – die Inflation und die Wirtschaftszerrüttung mit den klassischen Mitteln des liberalen Kapitalismus. Die Opfer der Deflation sind natürlich hier erst recht die Arbeiter; die Ausfuhr mag durch die Abwertung angeregt werden, aber die Einfuhr wird sicher verteuert, und auf jeden Fall steigt die Teuerung immer noch weiter, so daß die Preise heute durchschnittlich 16mal so hoch sind wie vor dem Krieg, die Löhne aber nur 7mal. Auch sonst wird der Regierungskurs immer eindeutiger reaktionär. Die Kommunisten werden planmäßig aus allen einflußreicheren Stellen im Parlament und in der Verwaltung ausgeschaltet, und bereits ist allen Ernstes die Rede von der Abschaffung des Proporzes, der Wahlgerechtigkeit, die «ja doch nur den Kommunisten zugute komme»; mit Franco-Spanien sind die normalen Verkehrsbeziehungen wieder

hergestellt worden, eine Maßnahme, die durch das Versagen der UNO wohl unvermeidlich geworden war, aber bezeichnenderweise doch erst von der Regierung Schuman durchgeführt wurde; die Ausrichtung auf Amerika wird so geradlinig fortgesetzt, daß nicht unbeträchtliche Teile der französischen Wirtschaft sich gegen die Konkurrenz der überseeischen Gönner ernstlich aufzulehnen beginnen; die Kolonialpolitik wird wieder so recht im Geiste der Herrschaft des weißen Mannes geführt und beispielsweise der diplomatische Vertreter des unbotmäßigen Viet Nam (Indochina) in Paris einfach hinter Schloß und Riegel gesetzt. Kurz, es ist allzu klar, daß die Regierung der «Dritten Kraft» nichts anderes mehr ist als (wie ein Korrespondent des «New Statesman» sich ausdrückt) «eine Regierung der Hochfinanz, die im letzten Graben gegen einen sozialen Umschwung kämpft und bewußt oder nicht die Bahn für de Gaulle ebnet».

Und da macht die *Sozialistische Partei*, zwar mit etlichen Hemmungen und gegen die Rebellion eines Teils ihrer Mitgliedschaft, immer noch mit! Aber freilich, was soll sie auch anderes tun? Wer A sagt, muß auch B sagen. Oder soll sie etwa aus der Regierungskoalition austreten? Das würde sie vollends isolieren; denn mit den Kommunisten zusammen einen aktionsfähigen Oppositionsblock zu bilden, das erlaubt ihnen ihre ganze Grundhaltung nicht mehr. Also lieber weiterhin das Gesinnungsopfer (wenn es überhaupt noch eines ist) einer Verbündung mit Robert Schuman und René Mayer bringen und die Politik von Finanz und Industrie machen, als den kommunistischen Umsturz begünstgen; man hat ja schließlich bei den Gemeindewahlen auch mit der Bewegung de Gaulles zusammengespannt und so den Kommunisten nicht wenige Mairien abgejagt[1].

Die einfache Wahrheit ist natürlich, daß sich die Losung von der «Dritten Kraft», so wie sie von den gegenwärtigen Regierungsparteien verstanden wird, als eitel Trug und Phrase erwiesen hat. Das rächt sich jetzt vor allem an den Sozialisten, die es hätten besser wissen sollen. Gewiß, die französischen *Kommunisten* haben schwere Fehler gemacht; sie haben sich mit ihrem sturen Doktrinarismus und ihrer «revolutionären» Streiktaktik in eine Isolierung gegenüber den Sozialisten und den übrigen Mittelgruppen, ja gegenüber der Volksmehrheit überhaupt hineinmanövriert, die nicht nur ihnen selber, sondern auch der Vierten Republik zum Verhängnis zu werden droht. Aber die Sozialdemokraten hätten sich durch diese Fehler – die mehr solche des revolutionären Willens und Temperaments sind – trotzdem nicht so

[1] Gaullistische Bürgermeister sind mit Hilfe der Sozialisten gewählt worden in Marseille, Toulon, Sedan, Sèvres und vier weiteren Städten; dafür sind sozialistische Bürgermeister mit Hilfe der Gaullisten gewählt worden in Villeurbanne (-Lyon), Boulogne s. S., Arles, Nîmes und in weiteren zwölf Gemeinden. Kein Wunder, daß die Sozialisten die größten bisher von ihnen verwalteten Städte an die Bewegung de Gaulles verloren haben: Lille, Mülhausen, Bordeaux, Nizza, Chartres und Nancy.

weit nach rechts drängen lassen sollen, daß sie nun tatsächlich Seite an Seite mit den Parteien der Gegenrevolution kämpfen, wenn sie auch theoretisch noch immer auf marxistischem Boden zu stehen behaupten. So, wie die Dinge heute liegen, kann man an eine rechtzeitige Neugruppierung der Kräfte der Linken und der linken Mitte freilich kaum mehr glauben. *Wenn* es dazu kommen sollte, könnte es nur auf einer Linie geschehen, wie sie Paul Fraisse im katholisch-sozialen «Esprit» (Januar 1948) zeichnet:

«Einzig eine neue revolutionäre Partei, die geistig und organisatorisch von kommunistischem Einfluß frei, aber entschlossen ist, *niemals* die Geschäfte der Arbeiterfeinde zu besorgen, vermag alle in Betracht kommenden Bestandteile der Arbeiterschaft und des nicht dem Kapitalismus hörigen Mittelstandes zu sammeln. Nur eine solche Partei könnte diesen Menschen – und damit auch der Force Ouvrière – das Vertrauen geben, das nötig ist, um an eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten heranzugehen, indem sie die Sicherheit schüfe, daß sie weder für die einen noch für die andern eine Manövriermasse darstellt.»

Also eine Gruppierung wie in *Italien*, wo Mehrheitssozialisten und Kommunisten Schulter an Schulter, ja sogar bloß mit einer einzigen Kandidatenliste, in den Wahlkampf ziehen? Ja und nein! Nein, insofern die italienischen Mehrheitssozialisten der geistigen Selbständigkeit gegenüber den Kommunisten ermangeln und kaum viel mehr als deren rechten Flügel darstellen, ohne eigene, unterscheidende Grundhaltung. Ja, insofern sich Sozialisten und Kommunisten klar darüber sind, daß Kapitalismus und Gegenrevolution nur durch *gemeinsamen* Kampf der Kräfte der Linken zu überwinden sind und soweit die Sozialisten an ihrer radikalen und revolutionären Gesinnung festhalten, also keine Angst zu haben brauchen, daß sie als Nur-Reformisten von den Kommunisten überflügelt werden könnten.

Orientblock? Italien gehört zu der großen britisch-amerikanischen Einflußzone, die sich von Gibraltar über das ganze Mittelmeer und durch Vorderasien hindurch bis an den Persischen Golf erstreckt und nun von England und Amerika gemeinsam planmäßig organisiert wird. Aus angelsächsischer Quelle stammende Berichte («People», United Press usw.) sprechen bereits von einem förmlichen «*Sicherheitsblock*», der – ein Gegenstück zu Bevins Westblockplan – von den Londoner und Washingtoner Baumeistern jetzt in diesen Gebieten aufgerichtet werde, und die nachprüfbaren Tatsachen sprechen in der Tat deutlich für das Bestehen einer solchen Gesamtkonzeption: Verstärkung der amerikanischen Finanz- und Militärhilfe an Griechenland und die Türkei, amerikanische Flottendemonstrationen im östlichen Mittelmeer, Verhandlungen über amerikanisch-britische Militärflugplätze in Nordafrika, erhöhte amerikanische Betriebsamkeit in Persien, das der Auswärtige Ausschuß des amerikanischen Abgeordnetenhauses, insbesondere zwecks «Verteidigung der

Ölfelder im Mittleren Osten», in aller Form der Hilfsaktion für Griechenland und die Türkei anzugliedern empfiehlt, und so fort.

Die amerikanische und die persische Regierung bestreiten zwar der Sowjetunion gegenüber, die deswegen reklamiert hatte, jede ungebührliche Einmischung der Vereinigten Staaten in die Angelegenheiten *Irans*. Aber das ist reine Spiegelfechterei. Ob freiwillig oder unter sanftem Druck: Iran ist tatsächlich ins britisch-amerikanische Lager übergetreten und zum Satelliten der Westmächte geworden, wie vor ihm Griechenland, die Türkei, die Philippinen, Japan usw. Sogar die «Neue Zürcher Zeitung» hat, allerdings *vor* dem russisch-persischen Notenwechsel (das war unvorsichtig!) einen langen Bericht aus Teheran über die «politische Neuorientierung Irans» veröffentlicht, der ohne Umschweife feststellt, daß die neue persische Regierung die bisher geübte Neutralität aufgegeben und «sich für Amerika entschieden» habe:

«Sie will die Bemühungen Ghavam Saltanehs um eine unabhängige Außenpolitik nicht fortsetzen. Iran wirft sich den Vereinigten Staaten in die Arme. Vermutlich werden nun die Angelsachsen die Kosten für die Kriegstransporte nach Rußland, die sie Iran schulden, bezahlen, vielleicht wird Iran die Dollaranleihe erhalten, um die es sich seit langem bemüht. Iran scheint sich, wie Griechenland und die Türkei, zu einem vorgeschobenen Posten der Westmächte zu entwickeln.» Die Zeit werde lehren, so fügt der Korrespondent allerdings weise hinzu, «ob der neue außenpolitische Kurs dem Land zum Vorteil gereicht».

Nebenbei: Wenn sich so etwas vor den Toren Amerikas ereignete, wenn sich beispielsweise die Sowjetunion einen «vorgeschobenen Posten» auf Kuba schüfe oder Neufundland in ihr Machtsystem eingliederte, ja auch nur den leisesten Versuch dazu machte – was für eine fürchterliche Sache würde das geben! Es würde Atombomben auf den «Friedensbrecher» nur so regnen. So aber, wenn sich die Westmächte einen neuen Satelliten sichern und seiner Treue mit klingender Münze etwas nachhelfen, ja dann ist alles in Ordnung, dann wird das Geschäft unter der Rubrik «Kampf für Freiheit und Menschenrechte» verbucht...

Natürlich schaut dem Rußland auch nicht untätig zu. Dem «New Statesman» wird es doch etwas unbehaglich zu Mute:

«In Westeuropa», so schreibt das der Labourregierung sehr nahestehende Blatt, «sind die befestigten Stellungen der Demokratie stark; die Verteidiger können sicher sein, daß die russische Ideologie in ihren Ländern wenig Anklang findet, und außerdem können sie auf ausgiebige amerikanische Hilfe zählen. Was wäre also natürlicher, als daß Stalin eine Umgehungsbewegung in einem Gebiet einleitete, wo der Imperialismus im streng leninistischen Sinne die beherrschende Kraft und die soziale Revolution Vorbedingung jeder wirklichen Freiheit für die Massen ist? Ein russischer Sieg im Mittelosten könnte den Marshall-Plan sinnlos machen und durch Wegnahme wesentlicher Ölvorräte der Westmächte das militärische Schwergewicht wieder einmal zugunsten der Sowjetunion verschieben.»

Um so mehr beklagt es der «New Statesman», daß die britische Außenpolitik im Orient alle sozialistischen Grundsätze verleugne und

mit denjenigen Gruppen und Schichten der arabischen Welt zusammenarbeite, die «eine solche Angst vor der sozialen Revolution haben, daß sie sich mit jedem Westler einlassen, der ihr Öl kaufen und ihnen Waffen verkaufen will». Daß die Engländer, von strategischen und geschäftlichen Interessen irregeleitet, bei diesem Handel zuletzt doch den kürzeren ziehen werden, ist freilich schon heute nur allzu klar. Ihr Versuch, auch *Irak*, das Zweistromland, neuerdings in ein Satellitenverhältnis einzuspannen, ist durch den jüngsten Umschwung in Bagdad mindestens vorläufig zunichte gemacht worden. In *Palästina* aber hat Großbritannien zwar die Juden vollends preisgegeben und den Krieg für die Zeit nach dem Abzug der britischen Truppen fast unvermeidlich gemacht, die Araber damit indessen doch nicht gewonnen – weit davon entfernt.

Mit Recht ist in diesem Zusammenhang auch vermerkt worden, wie verschieden sich die Westmächte gegenüber den arabischen Freischärlern in und um Palästina herum und gegenüber den *griechischen* Widerstandskämpfern verhalten, je nachdem es ihren Machtinteressen dient: In Griechenland liegt nach den zuverlässigsten Zeugnissen kein stichhaltiger Beweis für eine Intervention der Nachbarstaaten zugunsten der Truppen des Generals Markos vor, und doch wird die Unterstützung, die die Partisanen privat von ihren Freunden jenseits der Grenze genießen, als schwere Gefahr für den Frieden und die Demokratie gebrandmarkt, während sowohl England als Amerika die offene und auch gar nicht bestrittene Intervention der arabischen Staaten in Palästina mit wohlwollend neutraler Miene ruhig gewähren lassen.

Daß die britisch-amerikanische Griechenland-Politik mit einem schweren Mißerfolg enden wird, steht mir allerdings auch so schon längst fest. Die Ausrede, man müsse das verbrecherische Regiment der Athener Monarchisten eben dulden, damit nicht eine noch ärgere Kommunistenherrschaft einreiße, wird gewiß von keinem ruhig urteilenden Beobachter vorgebracht werden; weder in Polen noch in Ungarn, weder in Bulgarien noch in Rumänien arbeitet der revolutionäre Terror mit auch nur entfernt ähnlich unmenschlichen Straf- und Massenvernichtungsmitteln wie der gegenrevolutionäre Terror in Griechenland. Was Bruce Odspur – kein «getarnter Kommunist»! – in den Londoner «Peace News» sagt, hat sicher viel für sich:

«Es ist jammerschade, daß sich England und Amerika überhaupt auf die Unterstützung des grausamen und korrupten Konservativismus in Griechenland eingelassen haben. Wäre nicht Churchills Intervention im Jahre 1944 gewesen, Griechenland wäre jetzt ein wesentlicher Bestandteil des Balkan- und Donaubundes, der sich unter kommunistischer Führung rasch befestigt. Und was auch immer unsere Haltung gegenüber dem Kommunismus sein mag, so viel müssen wir zugeben, daß er in Südosteuropa nach der Erledigung des Nazismus die einzige Rettung vor der Anarchie darstellte.»

Und was schließlich die westmächtliche *Türkenpolitik* betrifft, so setzt sich neuerdings besonders der «Manchester Guardian» lebhaft für deren Revision ein. Dem berechtigten Begehren der Russen auf freie Fahrt durch die Engen des Bosporus und der Dardanellen ins Mittelmeer hinein müsse, so glaubt das liberale Blatt, früher oder später ja doch entsprochen werden, so freilich, daß die Unabhängigkeit der Türkei dadurch nicht beeinträchtigt werde. Wie diese Forderung *außerhalb einer internationalen Rechtsordnung* erfüllt werden soll, ist allerdings nicht recht klar. Solange die Machtpolitik herrscht, wird die Türkei eben entweder, wie bisher, dem westmächtlichen Weltsystem angeschlossen sein oder dann aber irgendwie in die Sowjetzone einbezogen werden.

Auf jeden Fall gilt aber: Mit den bisher von Großbritannien und Amerika geübten Methoden wird der russische Einfluß in Vorderasien auf die Dauer nicht zurückgedrängt werden. Die Westmächte werden dieses Ziel nur erreichen können im Bunde mit der großen nationalen und sozialen Befreiungsbewegung, die jetzt durch die Völkerwelt des Nahen und Mittleren Ostens geht. Oder besser: in dem Maße, als die Westmächte auf ihren Kolonialismus und Imperialismus in Asien (welche Formen er auch immer annehmen mag) verzichten und ihre Solidarität mit den feudalen Unterdrückungs- und Ausbeutungsregimen brechen, wird sich auch ihr Gegensatz zur Sowjetunion mildern, der in eben diesem Imperialismus und in eben dieser Solidarität eine seiner Hauptursachen hat.

Indien und Indonesien Und nun sollte ich eigentlich die gewaltige, ergreifende Rolle schildern, die der ermordete Mahatma *Gandhi* in dem großen Kampf der asiatischen Völker um ihre Menschwerdung gespielt hat. Aber das wäre nur im Rahmen einer Darstellung möglich, die den engen Rahmen dieser Rundschau sprengte; hoffentlich übernimmt ein Kundigerer, als ich es bin, diese Aufgabe. So kann ich hier nur in äußerster Kürze und ganz einfach sagen, daß es wesentlich Gandhis Geist und Lebenseinsatz ist (mit allem, was an tiefsten Kräften in diesem seltenen Menschen wirkte), der Indiens Erhebung zu nationaler Unabhängigkeit und sozialer Würde – ich denke vor allem an den Abbruch des Kastensystems – ohne Krieg und blutige Revolution und namentlich auch ohne Zerfleischung von Hindus und Mohammedanern möglich gemacht hat; daß die ganze Menschheit dieser «großen Seele» tiefen Dank schuldig ist, und daß die Welt vor der neuen Katastrophe, der sie entgegentaumelt, nur gerettet werden kann, wenn etwas von Gandhis Geist in beiden Lagern, die sich heute so feindselig gegenüberstehen, lebendig wird.

Etwas von Gandhis Geist! Denn auch sein Indien ist ja Gandhi

nur höchst unvollkommen nachgefolgt. Es war und ist für die Anwendung seiner Lehre von der gewaltlosen Überwindung des Bösen noch nicht reif. Es konnte und wollte den Höhenweg, den Gandhi ihm wies, nicht gehen, und so mußte Gandhi eben tun, was ihm allein übrig blieb, wollte er nicht auf jeden unmittelbaren Einfluß auf das politische Geschehen verzichten, das, wie er einmal schrieb, die Völker umstrickt wie eine Riesenschlange ihr Opfer, und wollte er nicht einzig der Vertretung und Verbreitung der reinen Lehre leben: er mußte zum Ratgeber und Gewissenswecker der Politiker, Parteien und Religionsgemeinschaften werden, die er für einmal dort nahm, wo sie eben standen, und denen er immer wieder *den* Weg zeigte, der unter den gegebenen Umständen seinem Höhenweg am nächsten kam[1].

Aus dieser seiner Doppelstellung erklärt sich auch eine gewisse Widersprüchlichkeit, die sich durch Gandhis ganzes Wirken zieht und die ihn in den Augen mancher Leute zu einer eher abstoßenden «Mischung von Heiligem und Demagogen» machte – eine Widersprüchlichkeit übrigens, der auch wir andern nicht ausweichen können, sofern wir uns nicht mit der Aufweisung des *evangelischen* Höhenweges genug sein lassen wollen, vielmehr uns gedrängt fühlen, in die Niederungen und das Getümmel des Macht- und Parteienkampfes mit seinen ewigen Unzulänglichkeiten und schmerzhaften Kompromissen hinunterzusteigen. Wo wir für die Menschen, so wie sie sich uns darbieten, nurmehr die Möglichkeit sehen, sich den im Kapitalismus und Feudalismus verkörperten Herrschaftsmächten zu unterwerfen oder ihnen mit revolutionärer Gewalt zu widerstehen, da anerkennen auch wir das *relative* Recht der Gewalt – und wissen doch immer, daß es eine andere, reinere und unendlich fruchtbarere Lösung des Konfliktes gibt.

Wie Gandhis Ausscheiden auf die weitere Gestaltung der indischen Geschicke wirken wird, das muß sich zeigen; die Aussichten sind auf die Länge nicht die besten. Inzwischen sind in *Indonesien*, das noch immer um seine Freiheit ringt, gemäß dem Vorschlag der UNO-Kommission vorläufig einmal die Feindseligkeiten eingestellt worden. Die Indonesische Republik hat in den entscheidenden Punkten nachgegeben, nachgeben *müssen*, und die Holländer haben im wesentlichen ihren Willen durchgesetzt: sie behalten, was sie letztes Jahr erobert haben, und die Indonesische Republik bleibt in die größere Indonesische Föderation eingegliedert, die mit dem Schein einer gewissen Selbstregierung tatsächlich doch holländisches Imperium ist.

---

[1] Sein bekanntes Wort soll auch hier stehen: «Wo mir nur die Wahl bleibt zwischen Feigheit und Gewalt, da rate ich zur Gewalt ... Ich würde Gewalt hundertfach der Entmännlichung einer ganzen Rasse vorziehen ... Aber ich weiß, daß die Gewaltlosigkeit der Gewalt ebensosehr überlegen ist wie das Verzeihen dem Strafen ... Gewaltlosigkeit heißt nicht, sich dem Missetäter ausliefern. Gewaltlosigkeit setzt alle Kraft der Seele dem Willen des Tyrannen entgegen.»

Die Holländer haben wirklich nicht viel Grund, ihrer Königin zu zürnen, die in Vorwegnahme späterer Entwicklungen vom Tode des Kolonialgedankens zu sprechen gewagt hat!

Der chinesische Krieg In *China* geht der Krieg mit all seinen Schrecken anscheinend endlos weiter. Und zwar als echter Bürgerkrieg, nicht als Krieg zwischen Amerika und der Sowjetunion, wie das so oft behauptet wird. Das betont sehr stark auch ein österreichischer Arzt, Fritz Jensen, der acht Jahre lang in China gearbeitet hat und nun im «New Statesman» aus erster Hand über die dortige Lage berichtet.

«Die Amerikaner», so schreibt Jensen, «haben sich natürlich durch ihre Unterstützung für Tschiang Kai-Shek aktiv am Kriege beteiligt; aber die ausländische Intervention im Bürgerkrieg ist gänzlich einseitig gewesen. Die Russen haben sich streng an den Buchstaben ihrer internationalen Vereinbarungen über China gehalten; sorgfältige Nachforschungen werden auch nicht einen einzigen Russen in den befreiten Gebieten zu entdecken vermögen, und die Kommunistische Partei Chinas ist sich ganz klar darüber, daß ihr wertvollster politischer Besitz ihr Charakter als nationalchinesische Partei ist – ein Titel, der viel mehr wert ist als der fragwürdige Gewinn von ein paar russischen Gewehren. Von Anfang bis zum Ende ist der Kampf in China, der – wie ich es ansehe – unvermeidlicherweise im Bürgerkrieg gipfelte, um die urchinesische Frage: Feudalismus gegen ‚Neue Demokratie' gegangen.»

Die Träger der «Neuen Demokratie», in deren Mittelpunkt Bodenreform, örtliche Selbstverwaltung, Volksbildung und Sozialisierung der Wirtschaft in mannigfaltigen Formen stehen, sind die Kommunisten, die, wie Jensen feststellen konnte, überall, wo sie hinkommen, als Befreier im politischen wie im militärischen Sinne begrüßt werden. Und sie haben ihren Vormarsch auch in der Berichtszeit wieder kräftig fortgesetzt. Fast die ganze Mandschurei ist jetzt befreit, ebenso der Hauptteil von Schantung, ja auch bereits weite Gebiete des Jangtse-Tales und der südlich davon gelegenen Provinzen. Daß eine verstärkte amerikanische Intervention am Lauf der Dinge noch viel würde ändern können, bezweifelt man allmählich sogar in den Vereinigten Staaten. Am guten Willen der herrschenden Kreise Amerikas, die chinesische Reaktion weiter zu stützen, fehlt es zwar nicht; noch letzthin erklärte der aus China zurückgekehrte Sondergesandte Trumans und Marshalls, Generalleutnant Wedemeyer, ganz unbefangen: «Ob Präsident Tschiang ein wohlwollender Despot, ein Demokrat oder ein Republikaner ist, darauf kommt es nicht an. Hauptsache, daß der Mann sein ganzes Leben lang den Kommunismus bekämpft hat.» Wir andern meinen indessen eher: Ob Amerika – dasjenige Amerika, das jetzt obenauf ist – auch in China, wie überall in der Welt, auf der *falschen* Seite der Barrikade steht, *darauf* kommt es nicht an. Die chinesische Bauern- und Arbeiterrevolution wird dennoch siegen; ihre Sache ist derjenigen der herrschenden Klassen moralisch tausendfach überlegen!

Der neue Faschismus Weiten wir nun aber zum Schluß, von China ausgehend, unsern Blick nochmals zu einer Gesamtschau des Freiheitskampfes in der Welt aus, so fällt uns immer wieder auf, wie stark es neuerdings die Völker fast überall mit einem wiederaufkommenden, weil niemals wirklich überwundenen *Neufaschismus* zu tun haben[1]. Ja, militärisch hat der deutsche, der italienische, der japanische Faschismus seinen Zusammenbruch erlebt. Aber da die gesellschaftlichen Ursachen des Faschismus, besonders der Monopolkapitalismus und die darauf aufgebaute Klassenherrschaft eines gegenrevolutionär gewordenen Großbürgertums, damit noch lange nicht ausgerottet waren, so konnte es nicht ausbleiben, daß sich auch die ihnen entsprechenden Wirkungen aufs neue, wenn schon teilweise in veränderter Form, zu zeigen begannen. Erinnern wir uns doch daran, daß die Westalliierten den Faschismus durchaus nicht etwa als Ausdrucksform des versagenden und bedrohten Spätkapitalismus bekämpften, sondern vor allem aus nationalen und imperialen Gründen und dazu aus allgemein liberal-humanitären Erwägungen. Sie mußten darum bei ihrem Sieg über die Achsenmächte sehr darauf Bedacht nehmen, daß mit dem militärischen Apparat und dem politischen Regime der faschistischen Länder nicht auch deren ganze *soziale* Ordnung niederbreche. Sie hatten dazu schon während des Krieges Sorge getragen, zum Beispiel durch Unterstützung des reaktionären Partisanengenerals Mihailowitsch in Jugoslawien und durch die Zusammenarbeit der amerikanischen Botschafter Leahy und Bullitt mit dem Regime Pétain-Laval; erst recht aber mußten sie bei Kriegsende energisch darauf dringen, daß die Befreiung in denjenigen Formen geschah, die den gesellschaftlich *konservativen* Kräften dienlich war, ja nicht etwa in Gestalt einer sozialen Revolution, wie sie manchen Widerstandsbewegungen vorschwebte. Und das gelang ihnen denn auch, zur ungeheuren Enttäuschung naiver Widerstandskreise, nur allzu gut. In Italien und Griechenland, in Frankreich und Deutschland, zum Teil auch in Indonesien und Indochina, nicht zuletzt in Japan, Korea und China – überall kamen mit planmäßiger westalliierter Förderung die reaktionären Mächte wieder obenauf und befestigten ihre Stellungen von Monat zu Monat stärker. Die Gegenrevolution triumphierte, ein bewußter Neufaschismus erhob sein Haupt, und die alten Faschismen, die den Krieg überlebt hatten – Spanien, Portugal, Argentinien, Irland usw. – durften mit frischem Mut in die Zukunft blicken[2].

Daß die reaktionäre Wendung, welche die amerikanische Politik genommen hat – es gibt Leute, die von einem eigentlichen Neufaschis-

---

[1] Das Dezemberheft 1947 des Pariser «*Esprit*» ist fast ganz dieser beunruhigenden Erscheinung gewidmet. Wer es sich verschaffen kann, versäume ja nicht, einige der hier vereinigten wertvollen Beiträge zu studieren.

[2] De Valeras klerikales Regime ist im Anschluß an die letzten irischen Wahlen freilich gestürzt worden. – Ob aber wohl für immer?

mus auch in den Vereinigten Staaten reden – und die ganze sowjetfeindliche Ausrichtung der westmächtlichen Außenpolitik in den gleichen großen Zusammenhang gehören, ist hier immer wieder betont worden. Vergessen wir aber namentlich auch nicht den weniger sicht- und faßbaren als spürbaren Einfluß, den die *römische Kirche* in dieser gegenrevolutionären, freiheitsfeindlichen Weltbewegung ausübt. Harold Laski legt mit Recht den Finger auf diese Stelle, wenn er in der Neuyorker «Nation» schreibt:

«Ein gut Teil vom Reaktionärsten, das es heute im politischen und sozialen Leben Amerikas gibt, ist unmittelbar auf den Einfluß einer kämpferischen römisch-katholischen Kirche zurückzuführen, der so gut Ausdruck der Bestrebungen einer ausländischen Macht ist wie irgendein Einfluß, der von der Kommunistischen Partei ausgeht... Keine andere Körperschaft hat sich so folgerecht um die Vergiftung der Beziehungen zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten bemüht... Auf die Filmindustrie hat sie unermeßlichen Einfluß. Römische Katholiken scheinen auch im auswärtigen Dienst Schlüsselstellungen erlangen zu können und bekunden damit ein Durchdringungsvermögen, demgegenüber sich die Mitglieder der Kommunistischen Partei als ein bloßes Kinderspiel treibend vorkommen müssen... Ich zweifle, ob es heute außer Spanien ein Land in der Welt gibt, in dem ihre (der römischen Kirche) Autorität größer ist als in Amerika.»

Der neue Sozialismus Im Lichte all dieser Tatsachen und Entwicklungen erscheint es doppelt abwegig, als den großen Feind der Freiheit (und des Friedens) in unserer Zeit nicht den auch in seiner liberalen Form, geschweige denn in seinen späteren Ausprägungen, Diktatur und Gewaltherrschaft bedeutenden Kapitalismus zu bezeichnen, sondern den autoritären Kommunismus – selbst wenn man gleichzeitig auch den Faschismus und seinen Nährvater bekämpfen zu wollen erklärt. Jean Lacroix sagt es im «Esprit» (Dezember 1947) klar und gut:

«Man kämpft nicht auf zwei Fronten. Die Geschichte beweist es: Alle, die das Gleichgewicht zwischen Faschismus und Marxismus gehalten haben, haben für den Faschismus gearbeitet. Ihr guter Wille steht nicht in Frage; was hier gilt, das sind die Ergebnisse. Unter den gegenwärtigen Bedingungen wäre eine Dritte Kraft, im Sinne einer Verbindung der Mittelgruppen, nur eine Übergangsetappe, die dem Aufkommen des Faschismus den Weg bereiten würde. Die Zeiten sind grausam, aber dafür können wir nichts; und die tragische Geschichtskonjunktur, in der wir stehen, will nun eben einmal, daß man gegen den Faschismus nur mit den Kommunisten und gegen den Kommunismus nur mit den Faschisten kämpfen kann. Es gilt zu wählen.»

Ähnlich Emanuel Mounier im gleichen Heft:

«Wenn der Antikommunismus, berechtigt oder nicht, guten oder bösen Glaubens, die beherrschende Triebkraft einer Politik wird, so ist er die offene Tür für den Faschismus in Ländern, wo der Kommunismus die gewaltige Mehrheit der Arbeiterklasse und einen Drittel der Wählerschaft auf sich vereinigt... Der Aufbau eines echten sozialistischen Gemeinwesens erfordert heute eine neue oder eine von Grund auf erneuerte politische Kraft. Aber es muß eine *Kraft* sein, und zwar eine

revolutionäre sozialistische Kraft... An uns allen, die wir ebenso solide Gründe haben, keine Kommunisten zu sein wie keine Antikommunisten, ist es, mitzuhelfen, daß diese Kraft als wirkliche Kraft erwachse.»

Der freiheitliche Sozialismus steht heute wirklich an einem Scheideweg. Entweder geht er den Weg derjenigen, die tatsächlich, wenn auch noch nicht programmatisch, den Kampf gegen Kapitalismus und Faschismus hinter den Kampf gegen den Kommunismus zurücktreten lassen. Dieser Weg endet zwangsläufig (um das Mindeste zu sagen) bei – Röpke, der denn auch (in seinem bereits angeführten Buch) den demokratischen Sozialismus belehrt, er werde der kommunistischen Konkurrenz so lange nicht gewachsen sein, als er «nicht endlich aufhört, sich die Marschroute in der Wirtschaftspolitik vom Kommunismus vorschreiben zu lassen, sich nicht endlich von diesem abgestandenen Programm der Sozialisierung und der Planwirtschaft lossagt und den Mut hat, völlig neue Wege der Wirtschafts- und Sozialreform zu gehen, ohne Rücksicht darauf, daß er vielleicht uns selbst auf diesen Wegen begegnet». Oder aber er findet wieder auf seinen ureigenen Weg zurück, indem er den Kommunismus nicht an *falschem*, aber an *rechtem* sozialistischem Radikalismus überbietet und ihm nicht das Monopol der unbedingten Entschlossenheit zu sozialistischen Verwirklichungen, des Ernstmachens mit dem Sozialismus überläßt. Davor haben viele Sozialisten Angst, weil sie sich nicht vom Bürgertum, geschweige denn aus den eigenen Reihen, als verkappte Kommunisten hinstellen lassen wollen. Das letztere ist sicher unfair – aber was kann es zuletzt schaden? Auch Mounier hat diese Diffamierung erfahren; im Januarheft seiner Zeitschrift bemerkt er resigniert:

«Es ist in dem Frankreich von 1948 fast unmöglich geworden, vorzubringen, daß die Kommunistische Partei in einer bestimmten Frage richtig sieht, daß dieses oder jenes Problem, diese oder jene Lage einen an ihre Seite führt, wenn es gilt, eine bestimmte Stellung zu erobern oder zu verteidigen – ohne daß der Hörer eine Art Erstickungsanfall bekommt und einen sofort, ohne weiter zuzuhorchen, der Fünften Kolonne der Sowjets zuteilt.»

Und dennoch mahnt er zur ernsten Selbstbesinnung darauf, was wir eigentlich unter «Befreiung vom Kommunismus» verstehen wollen:

«Für diejenigen, die vermeinen, dem leidenschaftlichen Antikommunismus den kleinen Finger geben und ihm doch ihre Seele versagen zu können, heißt das: sich wieder einmal klar darüber werden, daß vom Lächeln Pétains ein direkter Weg zu den Kesseln Himmlers führt, daß sie sich schon heute mitschuldig an den unmenschlichen Schreien machen, die übermorgen, weit weg von den tugendhaften Führern, aus dunklen Kammern hervorbrechen werden; es heißt, sich nicht an Beelzebub wenden, um die Teufel auszutreiben... Das schließt dann ohne jede Zweideutigkeit den Wunsch in sich, es möge sich ein *neuer Sozialismus* bilden, der zugleich streng und kämpferisch sei und in revolutionärem Willen alle diejenigen um sich schare, die sich in den gegenwärtigen Kadern des Kommunismus tatsächlich nicht wohl fühlen...

Und es heißt endlich für die Kommunisten, sie möchten erkennen, daß sie die wahre Sammlung des französischen Volkes verfehlt haben, sie möchten einmal aufhören, es gleich als Zellenarbeit von Verrätern anzusehen und anzuprangern, wenn man neben ihnen einen andern Kristallisierungskern, ein anderes politisches Klima schaffen will, und nicht immer meinen, wenn sich das Herz der Menschen nicht frei hingebe, müsse man mit Manövern einsetzen.»

Ja – ein neuer Sozialismus muß erwachen und durchbrechen, wenn die Sache der Armen und Bedrückten, die Sache des Rechts und des Friedens zum Siege geführt werden soll. Das ist schon seit manchem Jahrzehnt eines unserer innersten Anliegen; es ist heute mehr als je unsere Losung, da wir sehen, wohin große Teile der sozialistischen Bewegung steuern, und ahnen, wo sie schließlich landen werden, wenn sie nicht ebenso rasch wie gründlich umkehren.

17. Februar. *Hugo Kramer.*

Arbeitsgemeinschaft religiöser Sozialisten in Deutschland

Rundbrief Nr. 19 (Dezember 1947)

Liebe Freunde! Beim Eintritt in das neue Kirchenjahr und in die Adventszeit grüße ich Euch mit der neuen Jahreslosung der evangelischen Kirche: «Es ist eine Stimme eines Predigers in der Wüste: Bereitet den Weg des Herrn!» (Mark. 1,3). Diese Jesaja-Weissagung, von der ersten Christenheit auf Johannes den Täufer gedeutet, ist voller Beziehungen auf unsere Gegenwart. Der chaotische Zustand unseres Volkes, das wie ein Spielball zwischen den miteinander ringenden Weltmächten liegt, ist schlimmer als das, was man im geographischen Sinne eine Wüste nennt. In die sich immer weiter ausbreitende resignierende Verzweiflungsstimmung wird nun ein Gotteswort — eben die Stimme eines Predigers — hineingerufen, das seiner Form nach eine Mahnung an die Menschen, im tieferen Sinne aber eine wunderbare Verheißung für die Welt ist. Die Wegbereitung, zu der wir aufgerufen werden, wäre sinnlos, wenn dahinter nicht die Gewißheit stünde, daß «der Herr kommt». Die Theologen werden das Gewicht dieser Worte wohl verringern, indem sie sie «eschatologisch» deuten, das heißt auf das Ende der Welt beziehen, mit dessen Nähe im Grunde niemand ernstlich rechnet und dessen Kommen jeder menschlichen Einwirkung entzogen ist. Es gibt keine unfruchtbarere Bibelauslegung als die eschatologische. Anstatt das Neue Testament in die Ewigkeit zu projizieren und auf diese Weise praktisch unwirksam zu machen, sollten wir uns ernstlich die Frage vorlegen, ob wir nicht selbst die Schuld daran tragen, daß Christus noch immer zögert, die ihm zugesprochene Herrschaft über die ganze Schöpfung anzutreten